

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtbericht: Nachrichten Dresden.  
Bemerkungs-Sammelnummer: 25241.  
Preis für Nachdruckrechte: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise

vierstündiglich in Dresden und Bremen bei normaler Zeitung sowie bei einer Zulassung durch die Post ohne Belehrung 5-10 M. Sonnabend 1-10 M.  
Die einfache 27 mm breite Zeile 25 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsnamen, einfache Zeile 25 Pf. und Zeile 25 Pf. Bezugssatz laut Last. Auslandse-Kellage gegen Beurkundung. Einzelblatt des Vorabendblattes 10 Pf.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38-40.  
Druck u. Verlag von Lippich & Reichards in Dresden.  
Postleitzahl 10395 Leipzig.

Redaktion am mit beschrifteter Quellenanzeige „Dresdner Nachrichten“ mittig - Unsererzeitliche Schriften werden nicht aufgenommen.

## Die Erbschaftssteuer in der Nationalversammlung.

(Von unserem Sonderberichterstatter)  
Weimar, 20. Aug. Am Regierungssitz Erzberger, Dr. David, Müller. Präsident Lehmann eröffnet die Sitzung 9.20 Uhr. Abg. Robert Haack (Soz.) hat sein Mandat für den 28. Wahlkreis (Schlesien) niedergelegt.

Als erster Punkt der Tagesordnung liegt die zweite Beratung des

### Erbschaftssteuergesetzes

vor. Abg. Dr. Graf Poladowsky (D.-R.): Der Ausschussbericht ist und er steht morgen zugänglich. Anschließend können wir darüber hinwegsehen, wenn es sich nur darum handelt, die Vorlage zur Beratung an den Ausschuss zu verweisen. In der zweit ist er vorgenommenen Ausschusserörterung aber hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unabdinglich halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nur einverstanden erklären, falls es vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen nicht angenommen werden. Gleichzeitig dies jedoch, dann werden wir die Weiterberatung des Gesetzes mit den gesetzestextlichen Mitteln zu verhindern wissen. (Beifall rechts, großer Unruhe links)

Abg. Kell (Soz.): Es mag richtig sein, daß die Vorlage erst morgen den Parteien zugesandt werden soll. Geändert ist die Vorlage wesentlich nur hinsichtlich des Tarifes. (Zur rechts: Das ist doch die Hauptfrage!) Wir können auf ihre raschste Erledigung nicht verzichten. (Weißl links.)

Das Haus tritt in die Beratung der Vorlage ein.

Abg. Dr. Becker, Hessen (D. W.): Erstest der Ausschussbericht und führt aus, daß das Gesetz durch den Ausschuss besonders auch für Abkommen und Ehegatten eine wesentliche Verschärfung erfahren hat.

Abg. Kell (Soz.): Die Erbschaftssteuer ist die eigentliche große dauernde Belastung, die wir haben und die deshalb aufgebaut werden müssen. Diese Frage ist noch nicht endgültig gelöst worden. Hier wird nur ein erster großer Schritt getan. Wir können nicht warten, bis die Grenzen des wirtschaftlichen Erträglichen wieder gezeigt sind. Wir waren mit Verbrauchssteuern überreichlich gelegen. In ihre Stelle muß eine dauernde Belastung treten. (Sehr richtig! links.) Hinsichtlich des Pflichtes und des Erbrechtes des Reiches erreicht die Vorlage nicht einmal das, was die Regierung im Jahre 1908 und 1918 verlangt hat. An dem Schutze des Vermögens ist der Staat viel mehr beteiligt als die laufenden Geben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Rothsch. (Dem.): Ohne das Korrelat einer Erbschaftssteuer ist eine durchgreifende Vermögenssteuer gar nicht denbar. Insbesondere sind wir mit der progressiven Gestaltung der Steuer einverstanden. Eine Verschärfung der Nachsteuer lehnen wir ab.

Abg. Hanape (D.-R.): Auch wir sind zu jedem Opfer bereit und hätten die Vorlage der Regierung ohne weiteres angenommen. Aber die Ausschussvorschläge stehen bei uns auf zum Teil

### unüberwindliche Bedenken.

Beider hat die Regierung ihre eigene Vorlage zugunsten einer Verkürzung fallen lassen, die die Mehrheitsparteien im Ausschuss durchgesetzt haben und die die Grenzen der Leistungsfähigkeit und Lebensfähigkeit des Volkes in geradezu verhängnisvoller Weise überschreiten. Die schon ohnehin durch die Vermögensabgabe und Grundsteuer sehr schwer belasteten großen, in Grundbesitz und industriellen Werten festgelegten Vermögen, können die exorbitante Erbschaftssteuer, die eventuell zwischen 35 und 50 Prozent beträgt, unmöglich tragen. Sie werdenrettunglos zusammenbrechen, ein Konkurs wird den anfangen folgen, laufende von Arbeitern werden dadurch bro-

ten werden und das deutsche Wirtschaftsleben durch eine solche konfiskatorische Steuer zugrunde gerichtet. Familie und Eigentum sind die Grundprinzipien jedes Staates, auch des sozialistischen. Erklären Sie nicht den vorbildlichen deutschen Fleiß und die mustergültige deutsche Sparsamkeit. Erklären Sie nicht den deutschen Erwerbsgeist, der uns vielleicht noch vom Abgrunde retten wird. Wir dürfen und nicht zu Misslügen am Zusammenbruch machen, und wir werden mit wenigen Ausnahmen gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn der Ausschussvorschlag angenommen wird. (Beifall rechts)

### Die Einstellungnahme der Deutschen Nationalen Volkspartei zur Erbschaftssteuer.

(Von unserem Sonderberichterstatter)  
Weimar, 10. Aug. Angesichts der unerträglichen Verhärting, welche die Tarifäste für die Erbschaftssteuer durch die Mehrheitsparteien unter Zustimmung der Regierung in der zweiten Lesung erfahren haben, hat die Deutsche Nationale Volkspartei beschlossen, dem gegenüber folgenden Standpunkt einzunehmen:

Die Steigerung der Tarifäste, die die Erbschaftssteuer durch die Mehrheitsparteien unter Zustimmung der Regierung erfahren hat, bedeutet nicht nur eine Einschränkung aller großen Vermögen, sondern auch eine tatsächliche Belastung des gesamten Grundbesitzes und der industriellen Unternehmen, daß sie den allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch in der Folge unvermeidlich machen muss. Trotzdem

sind sich mit der Sozialdemokratie und der Regierung die bürgerlichen Parteien darin einig, daß ohne eine starke Erhöhung der Erbschaftssteuer und auch ohne Besteuerung des Kindes- und Bettenerbes bei der schweren Not des Reiches in Zukunft nicht mehr auszukommen ist. Auch die Deutsche Nationale Volkspartei steht auf demselben Standpunkt und hat daher die ursprüngliche Regierungsvorlage in den Ausschusshandlungen kundig unterstellt. Der jetztige Weg aber, den die Mehrheitsparteien mit der Regierung durch die neuen Tarifäste der zweiten Lesung des Ausschusses beschreiten, würde mit der Zeit zur Vernichtung legitimen Eigenbesitzes führen und damit jede Möglichkeit des Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens ausschließen.

Auf diesem Wege kann die Deutsche Nationale Volkspartei den Mehrheitsparteien und der Regierung nicht mehr folgen, die sie sich sonst zum Wohlstand des

Deutschlandes verschrieben, würde mit der Zeit zur Vernichtung jeglicher wirtschaftlichen Zukunft des deutsch-n. Volkes machen würde. Infolgedessen wird die Deutsche Nationale Volkspartei gestoßen sein, die ganze Gesetzesvorlage abzuwählen, wenn nicht die Mehrheitsparteien noch in letzter Stunde auf den Standpunkt zurückzufallen sich entschließen, der zu Anfang auch derjenige der Regierung gewesen ist.

### Die verhängnisvolle Wirkung des Erzbergerischen Finanzdilettantismus.

(Von Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Berlin, 20. Aug. Die Entwertung der deutschen Mark im Auslande hat auch in der vergangenen Woche weitere Fortschritte gemacht. Die Börsenberichte der großen Zürcher, Basler und Genfer Börsen vom letzten Wochenende erheben das Anhören des Börsenkurses ausschließlich in der Ankündigung der deutschen Banknoten abstempeln zu wollen.

Rotterdam, 20. Aug. Die "Times" meldet, daß die in Berlin weilende Entente-Kommission Auftrag von ihrer Regierung erhält, die bevorstehende deutsche Vermögensveranlagung und Vermögensabgabe für den Rat der Alliierten zu begutachten. Nach dem Eingang der Gutachten seien Verhandlungen über die Herabsetzung der deutschen Vermögensabgabe als Schadensersatz der Alliierten mabla.

### Eine Schlappe der Aufrührer.

(Von Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Breslau, 20. Aug. Zwischen Reichswehrtruppen und polnischen Banden fand gestern in Breslau bei Beuthen ein erbitterter Kampf statt, der mit einer schweren Schlappe der Aufrührer endigte. Die Reichswehr brachte 15 Tote ein. Auf Seiten der Aufrührer sind annähernd 70 Mann gefallen.

### Neue spartalistische Wählereien.

Zum "Borsmärs" beschäftigen sich die Regierungskreise mit den jetzt wieder verstärkt in den verschiedenen Berufsschichten und Wirtschaftsbereichen bemerkbar werdenden spartalistischen Wählereien.

### Die letzten Rückungen des Bolschewismus.

(Von Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Rotterdam, 20. Aug. "Daily Mail" meldet aus Moskau, daß das österreichische und norwegische Generalkonsulat infolge der äußersten Gefährdung der Lage Moskau verlassen haben. Die Arbeiteraufstände in Moskau trieben der Krise der Räteregierung zu.

### Seegefecht in der Finnischen Bucht.

In der Finnischen Bucht ist es zu einer formellen Seeschlacht zwischen englischen und bolschewistischen Schiffen gekommen. Soweit bisher bekannt ist, sollen die Engländer die russischen Schlachtkräfte "Andrei Petrowowitsch" und "Petrovawitsch", das Ollschiff für Unterseeboote "Wiatka", ferner ein Transport- und ein Wachschiff versenkt haben. Die britischen Seefahrtskräfte verloren, wie sie behaupten, nur drei Motorboote, wobei acht Offiziere und drei Männer umkamen. "Petrovawitsch" war ein modernes Schlachtkreuzer von 25 400 Tonnen, das 1911 gebaut wurde. "Andrei Petrowowitsch" kommt aus dem Jahre 1906 und hatte eine Wasserverdrängung von 18 300 Tonnen.

### Das Wiener Problem.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

Die außenpolitische Beurteilung Deutschlands konzentriert sich immer mehr und mehr auf das Problem der künftigen Stellung und Erhaltung seiner Hauptstadt Wien mit 2½ Millionen Einwohnern, bei einer Gesamtbevölkerung von 6½ Millionen. Es erscheint von vornherein ausgeschlossen, daß Wien auf dieser Stütze wirtschaftlich eine Existenz führen kann. Die Wiener Frage wird hierdurch zu einem internationalen Problem und gewinnt deshalb auch für das gesamte Deutschland eine gewisse Bedeutung, da es diesem nicht gleichgültig sein kann, ob diese einzige Residenz der römisch-deutschen Kaiser dem deutschen Volkstum verloren geht oder nicht.

Der natürliche Weg zur Errettung Wiens, der Anschluß Deutschösterreich an Deutschland, wurde von der Entente verlegt. Das Fassen des Anschlusses rückte gerade in Anschlag des Schicksals Wiens, in letzter Zeit wieder die Idee der Donaukonföderation darf in den Vordergrund; im Friedensvertrag von St. Germain ist als Vorstufe hierzu vereilt eine enger wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschösterreich, Ungarn und der tschechischen Republik beabsichtigt. Es ist nicht zu leugnen, daß der Umlauf in Ungarn und die dort sich offenbarenden Anzeichen einer monarchischen Restaurierung in manchen Kreisen Deutschösterreichs eine gewisse Resonanz gefunden haben, als deren Gegenstück sich bei den Sozialisten eine starke Nervosität bemerkbar macht, die unter anderem auch zu der am 13. August abgehaltenen undziemlich bescheiden verlaufenen Volkswehrparade gegen die Monarchisten führte.

Die Unstetigkeit der Wiener Regierung wird abgelehnt davon auch durch die sich immer mehr verbreiternde Auseinandersetzung zwischen Wien und den Kronländern erhöht. Wirtschaftsseite, wie allgemein psychologische Momente bedingen diese Politik der Akteure, die die deutschösterreichische Provinz in ihrer Gesamtheit erfährt hat. Wien ist von Lebensmittel entzweit und ein einziges riesiges Menschenreservoir, das leben und essen will, jetzt an einer Stadt und zu einem unerfreulichen Wettbewerb gegen die Bürger in den Kronländern geworden. Früher, als das Geld noch seinen Wert hatte und die Stadt der Markt für den Warenbezug im großen wie im kleinen, nach der Seite des Lebensnotwendigen wie der Luxusbedürfnisse war, da war es gesucht und nahm, was sich ihm darbot. Jetzt aber hat sich das Verhältnis von Grund auf gewandelt. Für das verlor gewordene Geld, mit dem es die Länder überflutet waren, erholt es keine Waren, da diese selber nichts haben, und auf seinem eigenen Markt, der bis zum letzten geräumt ist, hat es nichts zum Anbieten, es sei denn sein Reiter, der Schlechthandel, zaubert alles hervor, was den Vätern auf fremden Wegen entzogen wurde, ein Grund mehr, die Samtpathien für Wien bei den so Heimgezogenen noch weiter heraufzuziehen.

Diese wirtschaftlichen Erwägungen sind sicherlich richtig, sie erhöhen aber das Problem der Devolutionierung der ehemaligen Reichshauptstadt noch nicht. Hier spielt auch das politische Element hinein, das sich aus der sozialistischen Parteiherausbildung in Wien mit ihren sozialistischen Röhrläufertum herstellt. Diese Herrschaft erkennt die Länder nicht an, da sie auf einer Wahl beruht, die für das ganze Land eine bürgerliche Mehrheit ergab. Sie wollen nicht, daß eine Verlegenheitslösung, die in Bezug auf der Koalitionsregierung weitergeschleppt wird und ihr inneres Unvermögen entzweit, zu einer kündigen, unter dem Ausgangsbild des Parlamentarismus regelnden Regierung umgestaltet wird. Geweckt wurde diese Abneigung gegen Wien bereits durch die Unzufriedenheit der Zentralherrschaft; verstört wurde sie durch eine Rühe von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung und Geschäftsführer der gegebenen Nationalversammlung, namentlich auf dem Gebiet der Sozialisierung, und einer hinsichtlich herchwankende, teilweise geradezu dilettantische Finanzpolitik. Zum vollen Ausbruch endlich kam sie durch die geistige neutrale Haltung, die das Wiener Staatstum für Neukeres und auf sein Gebiet auch jenes für Inneres zu Österreich in Ungarn und ihren auf Wiener Boden angezettelten Umtrieben einzunehmen beliebte. Der Wiener Kommunismus hat, daran ist gar kein Zweifel, das Tilsicht zwischen Wien und den Ländern zerstört, andererseits aber auch dem Antijudaismus neue Kräfte ausgeführt, die vorderhand noch nicht in Aussichtungen ihres Ausdruck finden. Der jüdische Kommunismus und die Österridderfrage, die das Volk nach seinen schmerzvollen Erfahrungen nur noch unter dem Gesichtspunkt der Bereicherung auf Kosten der darbenden Massen zu betrachten will, haben in den Kronländern ein Gefühl aufkommen lassen, das sich gar nicht mehr erinnert will, daß in der schwer bewohnten großen Stadt doch schließlich auch noch Volksmassen wohnen, die ein Recht auf Leben und Arbeit innerhalb der deutschen Gemeinschaft beanspruchen dürfen.

So ist das Wiener Problem innerpolitisch wie außenpolitisch nach wie vor ungeklärt. Gewiß ist es, daß der Friedensvertrag keine endgültige Lösung dieser Frage bringt. Es ist möglich, daß die Entente binnen kurzem zur Überzeugung kommt, daß sie wirtschaftliche Investitionen in ein kollektives Deutschösterreich nicht rentieren und daß unter diesem Gesichtswinkel eine Revision der Haltung des Bierverbandes in der Frage des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland erfolgen wird.

### Die Antwort des Verbandes an Österreich.

Berlin, 20. Aug. Der Oberste Rat hat heute mittag eine Sitzung unter Borsig, Pichots abgehalten, ebenso die Kommission für das Baltikum, für Teile und die Adriatische Frage. Die Kommission für die Beantwortung der österreichischen Gegenvorschläge tagte heut-

### Der Aufruhr in Oberschlesien.

(Von Drahtbericht der Dresdner Nachrichten)  
Breslau, 20. Aug. Nach Überlebten und 40 000 Mann Reichswehrtruppen unterwegs. Zwischen den Gebieten südlich von Katowitz besteht keine Verbündung mehr.

Berlin, 20. Aug. Die Meldungen, die gestern abend aus Oberschlesien hier eingetroffen sind, gestatten der "Bors. Bl." den Schluß, daß die Krise, wenigstens so weit der Kampf mit den Banden der polnischen Aufständischen in Frage kommt, überwunden sei. Die Verhängung des verschärften Belagerungsstatus anstades in einigen Bezirken hat auf die Spartaisten obwiegend gewirkt. Auch in der Streikbewegung ist ein Abschluß bemerkbar und selbst vorlängig urteilende Stellen glauben mit dem Ende des Streiks in den allerndsten Tagen rechnen zu dürfen. In der Arbeiterschaft mache sich zweifellos eine Umkehrung der Stimmung bemerkbar, der auf das Wahnen der Freiheit zurückzuführen sei, daß der Streik nur den polnischen Insurgierten und den Spartaisten ein willkommenes Stichwort gewesen sei.

Eine Nachricht, daß die interalliierten Truppen nach Oberschlesien geschickt werden sollten, wird als nicht wahr bezehnet. Hingegen sei es sehr wahrscheinlich, daß eine militärische Abordnung der Alliierten nach Oberschlesien gehen werde, um den Kampf zwischen Spartaisten, Polen und Deutschen, durch den die Koalition in Mitteleuropa verstärkt wird, beizulegen.

**Undsetzung der deutsch-polnischen Verhandlungen**  
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 20. Aug. Die Ereignisse in Oberschlesien haben den Polen Veranlassung gegeben, die Verhandlungen die zurzeit in Berlin schwelen, anzulegen, so lange die Verhältnisse in Oberschlesien nicht geklärt sind.